

Mitarbeiterin vertreten werden muß. Damit der Monatslohn nicht öfter als zweimal die 400-Euro-Grenze übersteigt, können Ärzte Sachleistungen gewähren. Bis zu einem Betrag von 50 Euro bleiben diese steuerfrei.

HINTERGRUND

Sorge um Gesundheit

Gute ärztliche Versorgung bald nur noch für Reiche? Davor haben viele Menschen in Deutschland Angst. **2**

IM GESPRÄCH

TV macht Schulkinder langsam

Wer im Vorschulalter viel Fernsehen sieht, liest schlechter und ist in der Schule langsamer als Wenigseher. **3**

MEDIZIN

Durchfall durch Mikrosporidien

Durchfälle unklarer Ursache können bei HIV durch Pilze ausgelöst sein. **10**

Leitlinien zu Thrombose erweitert



Das synthetische Mittel Fondaparinux ist jetzt in die deutschen Leitlinien zu Thrombose-Prophylaxe aufgenommen. **12**

WIRTSCHAFT

Aktienfonds lassen Federn

Selbst die besten Fonds, die in deutsche Aktien investieren, haben zuletzt Geld vernichtet. **16**

GESELLSCHAFT

Herzschmerz und Nierenleid

Für den berühmten Tagebuchschreiber Samuel Pepys zählte neben der Liebe die Medizin zu den Lieblingsthemen. **18**

Badischer Prinz oder doch nicht?



Heute vor 175 Jahren tauchte in Nürnberg ein Junge namens Kaspar Hauser auf. Seine Herkunft bleibt bis heute ein Rätsel. **19**

ÄRZTE & ZEITUNG Postfach 20 02 51
Verlagsgesellschaft mbH 63077 Offenbach

Leser-Service:
Tel.: (061 02) 5060
Fax: (061 02) 5061 77
Redaktion:
Tel.: (061 02) 5060
Fax: (061 02) 588 70
(061 02) 587 40

Verlag:
Tel.:
Fax:
Inte:
E-m
Wel.
PaBwv

Zs. B
2609/X
ZB MED

Jörg-Dietrich Hoppe und Dr. Ursula Auerswald auf sich vereinigen. Hoppe wurde als Präsident, Auerswald als Vize-Präsidentin wiedergewählt.

Als zweiten Vizepräsidenten bestätigte der Ärztetag Dr. Andreas Crusius, Kammerchef in Mecklenburg-Vorpommern. Er setzte sich knapp gegen Dr. Frank Ulrich Montgomery, Vorsitzender des Marburger Bundes, durch. Weitere Vorstandsmitglieder sind mb-Vize Rudolf Henke und Dr. Astrid Bühren, Präsidentin des Ärztinnenbundes.

Zum Abschluß des Ärztetags beschlossen die Delegierten Änderungen im Berufsrecht. Danach ist es zulässig, wenn zum Beispiel Reisekosten und Tagungsgebühren für die Teilnahme von Ärzten an Fortbildungsveranstaltungen von der Industrie finanziert werden. Nicht zulässig sind Zuwendungen, die über den eigentlichen Zweck einer Fortbildung hinausgehen.

Bundesrat lehnt die Positivliste für Arzneien ab

BERLIN (HL). Erwartungsgemäß hat der Bundesrat am Freitag das Gesetz für die Arzneimittel-Positivliste mit der Mehrheit der Unions-Stimmen abgelehnt. Nach Auffassung der Bundesregierung ist das Gesetz jedoch zustimmungsfrei.

Somit könnte das Gesetz, wenn der Bundestag ihm zustimmt, planmäßig zum 1. Juli in Kraft treten. In der Debatte des Bundesrates war nicht erkennbar, ob die Unions-Länder in der umstrittenen Frage, ob das Gesetz wirklich zustimmungsfrei ist, vor das Bundesverfassungsgericht ziehen.

Zuvor hatte der Gesundheitsausschuß des Bundestages in einer öffentlichen Experten-Anhörung das Gesetz beraten. Danach muß das Vorhaben der Koalition als höchst umstritten gelten, ob es Einsparungen bringt, höhere Kosten verursacht oder die Qualität verbessert.



Ein strahlender Jörg Hoppe (r.), fleißige Delegierte, K...

Westfalen-Lippes Kammerchef Professor Ingo Flenker stellte klar, daß eine Kooperation der Ärzte mit der Pharmaindustrie notwendig und wünschenswert sei.

Die Delegierten, das ärztekammer Fortbildung einzuf...

Seehofer kündigt Blockade der Gesundheitsreform

CDU und CSU werfen Ulla Schmidt Pro...

BERLIN (dpa). Die Union will die von der Bundesregierung geplante Gesundheitsreform stoppen. CSU-Sozialexperte Horst Seehofer kündigte im Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ eine Totalblockade an.

„Wir können nicht um des Konsenses willen die Hand für etwas reichen, das wir für falsch halte“, sagte Seehofer. Und auch der SPD-Linke Ottmar Schreiner will die Reform im Bundestag ablehnen. Für die Kanzlermehrheit im Parlament sind 302 der 306 Koalitionstimmen notwendig.

Seehofer betonte, CDU-Chefin Angela Merkel, der CSU-Vorsitzende Edmund Stoiber und er seien einhellig der Meinung: „Da machen wir nicht mit.“ Der Sozialministerin Ulla Schmidt (SPD) warf Seehofer „Provokation“ vor. Sie habe „genau die Punkte, die wir für verhängnisvoll halten, in ver-

schärfter Form... Behörde ein... nopol der Kr... und die Patie...

Schreiner k... ner Zeitung“... form ablehnt... Neuregelung... bleibe. „Wen... de, würde da... stellen, wofü... Bundestag ge...

Zur Begren... Gesundheitsv... Ministerpräsi... (CDU) eine... Patienten vor... Jahr vor. Im C... Beiträge zur... sinken, sagt... spiegel am... „Stiftung Wa... zin“ sei den... Zwangsorgan... sie fordere, le...